

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz

Als Nachwirkung der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Benachteiligung der deutschstämmigen Bevölkerung kommen nach wie vor Zuwanderer aus verschiedenen Herkunftsgebieten, die seit 1993 im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als „Spätaussiedler“ bezeichnet werden, nach Deutschland, um sich hier ein neues Leben aufzubauen.

In den letzten Jahren haben sich die Integrationsvoraussetzungen für diesen Personenkreis infolge geringer Sprachkenntnisse, oft unzureichender beruflicher Qualifikation und der schlechteren wirtschaftlichen Situation negativ entwickelt.

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Zehntausend Spätaussiedler – vor allem aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – aufgenommen. Diese Menschen gilt es, als Bürger in die Gesellschaft zu integrieren, damit sie bei uns eine neue Heimat finden.

Mit der Großen Anfrage soll die Situation der in Rheinland-Pfalz lebenden Spätaussiedler im Hinblick auf ihre Integration näher beleuchtet werden, Stärken und Schwachstellen erörtert und Hinweise auf Änderungen bei der Integrationsarbeit gegeben werden.

Viele Spätaussiedler beziehen noch heute einen wesentlichen Anteil ihrer Identität aus ihrer deutsch-russischen Geschichte. Einem Großteil der Deutschen sind diese Geschichte und das schwere Kriegsfolgenschicksal der Russlanddeutschen jedoch unbekannt. Nur das Wissen um diese Geschichte kann aber ein besseres Verständnis für die besonderen Probleme im Hinblick auf Sprachschwierigkeiten, Kultur und den Konflikt im Aufnahmeland wecken.

Die erfolgreiche Integration der Spätaussiedler ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Bundeslandes von großer Bedeutung.

Zum Gelingen des Integrationsprozesses sind neben Bund und Land auch die Kommunen, Kirchen, karitativen Verbände, der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften, Vereine und zahllose Ehrenamtliche notwendig.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Allgemeines

1. Wie viele Spätaussiedler (einschließlich nicht deutscher Ehegatten und Nachkommen) sind seit dem 1. Januar 1993 in Rheinland-Pfalz aufgenommen worden (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland und BVFG-Status)?
2. Wie verteilen sich derzeit die aufgenommenen Spätaussiedler auf Städte und Gemeinden?
3. Wo gibt es Siedlungsschwerpunkte (an bestimmten Orten bzw. in bestimmten Stadtteilen) und weshalb? Konnte bzw. kann die Landesregierung regulierend eingreifen? Wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage?
4. Wie viele Spätaussiedler sind derzeit in einem Übergangwohnheim oder in vergleichbaren Gemeinschaftsunterkünften untergebracht? Wie lange beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Übergangwohnheim?
5. Gibt es Überlegungen, Spätaussiedler zukünftig ohne Aufenthalt in Übergangwohnheimen aufzunehmen?
6. Wie wird sich nach den Erkenntnissen der Landesregierung der Zuzug von Spätaussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren entwickeln?

II. Sprachliche Integration von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen

7. Welche Möglichkeiten bestehen sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene, an Deutschkursen teilzunehmen? Gibt es gegebenenfalls Wartezeiten?
8. Wie werden diese Sprachkurse finanziert (Verhältnis öffentliche Mittel, Eigenanteil etc.)?
9. In welcher Höhe standen in den vergangenen fünf Jahren öffentliche Mittel zur Finanzierung von Sprachkursen zur Verfügung und was ist in den folgenden Jahren vorgesehen?
10. Wer bietet in Rheinland-Pfalz Deutschkurse für Spätaussiedler an?
11. Hält die Landesregierung das Angebot im Hinblick auf die Sprachdefizite für ausreichend? Wie ist es um Kinderbetreuungsmöglichkeiten und sozialpädagogische Betreuung bestellt?
12. Wie prüft die Landesregierung die Kompetenz, Zielsetzung, Durchführung, Qualität und den Erfolg der Sprachkurse?
13. Welche Probleme treten nach Auffassung der Landesregierung bei der sprachlichen Integration von Spätaussiedlern auf? Wie viele Sprachkursteilnehmer brechen den Kurs vorzeitig ab und weshalb?

b. w.

III. Schulische und berufliche Abschlüsse

14. Wie erfolgt die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlusszeugnissen und wer ist dafür zuständig? Welche Schwierigkeiten treten hierbei auf?
15. Besteht nach Erkenntnissen der Landesregierung ein Zusammenhang zwischen Einreisealter bzw. vorhandenem Schulabschluss und einer erfolgreichen Integration? Wenn ja, welche Schlussfolgerungen gibt es hieraus?
16. Welche Erfolge wurden bei der schulischen Integration von Spätaussiedlern und Jugendlichen erzielt und wo treten Probleme auf?
17. Gibt es spezielle Programme oder Maßnahmen, schulpflichtigen Spätaussiedlern Nachhilfeunterricht zu erteilen? Wenn ja, wie ist dies organisiert und finanziert? Wenn nein, warum nicht?
18. An welchen Schulen in Rheinland-Pfalz können schulpflichtige Spätaussiedler die Sprache ihres Herkunftslandes in Wort und Schrift lernen? Wie beurteilt die Landesregierung diese Möglichkeit?
19. Welchen Anteil stellen jugendliche Spätaussiedler nach Erkenntnissen der Landesregierung an den Hauptschulen und der DOS im Land? Wie viele jugendliche Spätaussiedler haben in den letzten fünf Jahren die Schule ohne Abschluss verlassen?
20. Welchen Anteil an den Ausbildungsverträgen im Handwerk haben nach Erkenntnissen der Landesregierung die jugendlichen Spätaussiedler?

IV. Auffälligkeiten bei Straftaten

21. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob im Bereich der Kriminalität Auffälligkeiten von jugendlichen Spätaussiedlern im Vergleich zur übrigen Bevölkerung bestehen? Wenn ja, sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen krimineller Entwicklung und fehlgeschlagener Integration, insbesondere von Jugendlichen?
22. Mit welchen Maßnahmen – z. B. SOKOs – ist die Polizei in den letzten sieben Jahren mit welchen regionalen und inhaltlichen Schwerpunkten vorgegangen? Welche Erfolge konnten damit erzielt werden?
23. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob im Bereich Alkohol- und Drogenkonsum Auffälligkeiten von jugendlichen Spätaussiedlern im Vergleich zu anderen Jugendlichen bestehen? Wenn ja, welche präventiven Abhilfemaßnahmen werden diesbezüglich getroffen?
24. Welchen Anteil an den Drogentoten in Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren hatten Spätaussiedler? Wie unterscheidet sich ihr Drogenkonsum von dem anderer Bevölkerungsgruppen?
25. In welchem Verhältnis stehen strafrechtlich relevantes Verhalten junger Spätaussiedler und Drogenkonsum?
26. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob im Bereich der Spätaussiedler HIV/AIDS eine Rolle spielt?
27. Welche speziellen Probleme gibt es im Strafvollzug mit Spätaussiedlern?

V. Gesellschaftliche Integration

28. Welche Rolle spielen der Bund der Vertriebenen bzw. die Landsmannschaften bei der Integration der Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz seit 1991?
29. Wie hat sich die staatliche Förderung in diesem Bereich seit 1991 entwickelt?
30. Welche Initiativen kommunaler, kirchlicher, karitativer Träger oder von Vereinen, die sich speziell der Integration von Spätaussiedlern annehmen, gibt es in Rheinland-Pfalz? Wie werden sie von der Landesregierung unterstützt?
31. Werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe auf den Umgang mit jugendlichen Spätaussiedlern besonders vorbereitet? Wenn ja, wie geschieht dies?
32. Was unternimmt die Landesregierung, um die Akzeptanz von Spätaussiedlern bei der einheimischen Bevölkerung zu steigern sowie die vorhandenen, integrationshemmenden Vorurteile abzubauen?

VI. Berufliche Integration

33. Welche Möglichkeiten bestehen, um die Integration von Spätaussiedlern in den Arbeitsmarkt zu erleichtern?
34. Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Landesregierung die Arbeitslosigkeit jugendlicher und erwachsener Spätaussiedler? Gibt es regionale Schwerpunkte?

VII. Mortalitätsraten

35. Wie hoch ist die Mortalitätsrate von Spätaussiedlern (jeweils aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen)?
36. Gibt es Abweichungen bei einzelnen Mortalitätsraten von Aussiedlern, wie z. B. der Mortalität infolge von Lungen-, Leber- und Magenkrebs (jeweils aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen)? Wenn ja, worin liegen nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen?
37. Gibt es Abweichungen bei der Mortalitätsrate von Aussiedlern aufgrund nicht natürlicher Todesursachen (jeweils aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen)? Wenn ja, worin liegen nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen?

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht